



EUROPÄISCHE ZENTRALBANK

EUROSYSTEM

## **PRESSEKONFERENZ Frankfurt, 2. August 2012**

### **EINLEITENDE BEMERKUNGEN**

Sehr geehrte Damen und Herren, der Vizepräsident und ich freuen uns sehr, Sie zu unserer Pressekonferenz begrüßen zu dürfen. Wir werden Sie nun über die Ergebnisse der heutigen Sitzung des EZB-Rats informieren, an der auch der Vizepräsident der Kommission, Herr Rehn, teilgenommen hat.

Auf der Grundlage seiner regelmäßigen wirtschaftlichen und monetären Analyse hat der EZB-Rat beschlossen, die Leitzinsen der EZB unverändert zu belassen, nachdem er sie im Juli um 25 Basispunkte gesenkt hatte. Wie wir bereits vor einem Monat gesagt haben, sollte die Inflation im Jahresverlauf 2012 weiter zurückgehen und 2013 wieder unter 2 % liegen. In Übereinstimmung hiermit ist die Grunddynamik der monetären Expansion nach wie vor verhalten. Die Inflationserwartungen für die Wirtschaft im Eurogebiet bleiben fest auf einem Niveau verankert, das mit dem Ziel des EZB-Rats im Einklang steht, die Preissteigerung auf mittlere Sicht unter, aber nahe 2 % zu halten. Zugleich ist das Wirtschaftswachstum im Euroraum weiterhin schwach, und die anhaltenden Spannungen an den Finanzmärkten sowie eine erhöhte Unsicherheit belasten das Vertrauen und die Stimmung. Eine weitere Verschärfung der Spannungen an den Finanzmärkten könnte zu erhöhten Abwärtsrisiken beim Wachstum und bei der Teuerung führen.

Der EZB-Rat beriet eingehend über mögliche geldpolitische Maßnahmen zur Behebung der schweren Störungen des Preisbildungsprozesses an den Anleihemärkten der Länder des Euro-Währungsgebiets. Die Kurse von Staatsanleihen einiger Länder enthalten außergewöhnlich hohe Risikoprämien, und die Wirksamkeit der Geldpolitik wird durch die Fragmentierung der Finanzmärkte erheblich erschwert. Risikoprämien, die mit Befürchtungen der Re-

versibilität des Euro im Zusammenhang stehen, sind inakzeptabel, und es muss ihnen grundlegend begegnet werden. Der Euro ist irreversibel.

Um die grundlegenden Voraussetzungen für die Beseitigung solcher Risikoprämien zu schaffen, müssen die politischen Entscheidungsträger im Euro-Währungsgebiet die Haushaltskonsolidierung, Strukturreformen und die Schaffung europäischer Institutionen sehr entschlossen vorantreiben. Da die Umsetzung eine gewisse Zeit in Anspruch nimmt und es an den Finanzmärkten oft erst dann zu Anpassungen kommt, wenn klare Erfolge ersichtlich sind, müssen die Regierungen bereitstehen, die EFSF/den ESM an den Anleihemärkten zu aktivieren, wenn außergewöhnliche Umstände an den Finanzmärkten vorherrschen und Risiken für die Finanzstabilität bestehen; hierbei hat strenge und wirksame Konditionalität im Einklang mit den bestehenden Leitlinien zu gelten.

Notwendige Voraussetzungen sind, dass die Regierungen ihre Verpflichtungen einhalten und die EFSF/der ESM ihre Aufgaben erfüllen. Der EZB-Rat kann – im Rahmen seines Mandats der Gewährleistung von Preisstabilität auf mittlere Sicht und unter Beachtung seiner Unabhängigkeit bei der Festlegung der Geldpolitik – Offenmarktgeschäfte in einer Größenordnung durchführen, die für die Erreichung seines Ziels angemessen ist. In diesem Zusammenhang werden auch die Bedenken privater Anleger bezüglich der Vorrangstellung berücksichtigt. Darüber hinaus kann der EZB-Rat – je nachdem, was für die Wiederherstellung der geldpolitischen Transmission als erforderlich erachtet wird – weitere Sondermaßnahmen in Erwägung ziehen. In den kommenden Wochen werden wir die geeigneten Modalitäten für derartige Maßnahmen festlegen.

Gestatten Sie mir nun, unsere Einschätzung näher zu erläutern und dabei mit der **wirtschaftlichen Analyse** zu beginnen. In vierteljährlicher Betrachtung blieb das reale BIP im Euro-Währungsgebiet im ersten Quartal 2012 unverändert, nachdem im vorangegangenen Vierteljahr ein Rückgang von 0,3 % verzeichnet worden war. Die Konjunkturindikatoren deuten in einem Umfeld erhöhter Unsicherheit auf eine schwache Wirtschaftstätigkeit im zweiten Quartal 2012 und zu Beginn des dritten Jahresviertels hin. Über die kurze Frist hinaus rechnen wir damit, dass sich die Wirtschaft im Eurogebiet nur sehr allmählich erholt, wobei die Dynamik durch eine Reihe von Faktoren weiter gedämpft werden dürfte. Insbesondere ist zu erwarten, dass die zugrunde liegende Wachstumsdynamik, die auch unter dem Einfluss der anhaltenden weltwirtschaftlichen Abkühlung steht, durch Spannungen an einigen Staatsanleihemärkten im Euroraum und deren Einfluss auf die Finanzierungsbedingungen, den

Prozess der Bilanzanpassungen im finanziellen und nichtfinanziellen Sektor sowie die hohe Arbeitslosigkeit belastet wird.

Die Risiken für den Wirtschaftsausblick im Eurogebiet sind nach wie vor abwärtsgerichtet. Sie ergeben sich insbesondere aus den Spannungen an einigen Finanzmärkten des Euroraums und deren möglichem Übergreifen auf die Realwirtschaft des Euro-Währungsgebiets. Abwärtsrisiken bestehen auch dahingehend, dass die Energiepreise auf mittlere Sicht abermals anziehen könnten.

Die jährliche HVPI-Teuerungsrate für das Eurogebiet belief sich der Vorausschätzung von Eurostat zufolge im Juli 2012 auf 2,4 % und war somit unverändert gegenüber dem Vormonat. Auf der Grundlage der aktuellen Preise der Öl-Terminkontrakte sollten die Preissteigerungsraten im Jahresverlauf 2012 weiter zurückgehen und 2013 wieder unter 2 % liegen. Über die geldpolitisch relevante Frist dürfte der zugrunde liegende Preisdruck angesichts eines verhaltenen Wachstums im Euroraum und fest verankerter langfristiger Inflationserwartungen moderat bleiben.

Die Risiken in Bezug auf die Aussichten für die Preisentwicklung sind mittelfristig nach wie vor weitgehend ausgewogen. Aufwärtsrisiken bestehen im Zusammenhang mit einer weiteren Anhebung indirekter Steuern aufgrund der erforderlichen Haushaltskonsolidierung und auf mittlere Sicht höher als erwartet ausfallenden Energiepreisen. Abwärtsrisiken ergeben sich vor allem aus den Auswirkungen eines schwächer als erwartet ausfallenden Wachstums im Eurogebiet insbesondere infolge einer weiteren Verschärfung der Spannungen an den Finanzmärkten. Diese Verschärfung könnte die Abwärtsrisiken erhöhen.

Was die **monetäre Analyse** betrifft, so blieb die Grunddynamik der monetären Expansion verhalten. Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 belief sich im Juni 2012 auf 3,2 % und lag damit etwas über den 3,1 % des Vormonats sowie in der Nähe der gegen Ende des ersten Quartals verzeichneten Marke. Die Zuflüsse bei der weit gefassten Geldmenge waren im zweiten Quartal insgesamt schwach. Die jährliche Zuwachsrate von M1 erhöhte sich im Juni weiter auf 3,5 %, was mit der gestiegenen Präferenz der Anleger für liquide Instrumente angesichts eines Niedrigzinsumfelds und einer hohen Unsicherheit im Einklang stand.

Die Jahreswachstumsrate der Buchkredite an den privaten Sektor (bereinigt um Kreditverkäufe und -verbriefungen) sank von 0,5 % im Mai auf 0,3 % im Juni. Da es im Juni zu einer Nettotilgung von Buchkrediten an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften und private Haushalte

(jeweils bereinigt um Kreditverkäufe und -verbriefungen) kam, gingen die jährlichen Zuwachsraten für Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften und private Haushalte (bereinigt um Kreditverkäufe und -verbriefungen) im Juni weiter zurück und beliefen sich auf -0,3 % bzw. 1,1 %. Das verhaltene Kreditwachstum ist weitgehend Ausdruck der aktuellen Konjunkturlage, der erhöhten Risikoaversion sowie der anhaltenden Bilanzanpassungen bei den privaten Haushalten und den Unternehmen; alle diese Faktoren dämpfen die Kreditnachfrage. Die Umfrage zum Kreditgeschäft der Banken im Euro-Währungsgebiet für das zweite Quartal 2012 bestätigt, dass Nachfragefaktoren in einem erheblichen Umfang zum schwachen Wachstum der MFI-Kredite beitrugen. Aus der Umfrage geht auch hervor, dass die per saldo zu verzeichnende Verschärfung der Kreditrichtlinien für Darlehen an Unternehmen und private Haushalte durch die Banken auf Ebene des Eurogebiets im zweiten Jahresviertel 2012 (im Vergleich zum Vorquartal) im Großen und Ganzen stabil blieb.

Mit Blick auf die Zukunft ist es wichtig, dass die Banken ihre Widerstandsfähigkeit auch künftig erhöhen, sofern dies erforderlich ist. Die Solidität der Bankbilanzen wird von wesentlicher Bedeutung sein, wenn es darum geht, sowohl eine angemessene Bereitstellung von Krediten an die Wirtschaft als auch die Normalisierung aller Finanzierungskanäle zu unterstützen.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass sich der wirtschaftlichen Analyse zufolge die Preise auf mittlere Sicht weiterhin im Einklang mit Preisstabilität entwickeln dürften. Die Gegenprüfung anhand der Signale aus der monetären Analyse bestätigt dieses Bild.

Wenngleich in den vergangenen Jahren beträchtliche Fortschritte bei der **Haushaltskonsolidierung** erzielt wurden, müssen weitere entschlossene und dringende Schritte zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit unternommen werden. Von 2009 bis 2011 verringerten die Länder des Euroraums die Defizitquote im Schnitt um 2,3 Prozentpunkte, und das Primärdefizit verbesserte sich um rund 2 ½ Prozentpunkte. Die Haushaltsanpassungen im Eurogebiet werden im laufenden Jahr weitergeführt, und es ist in der Tat von entscheidender Bedeutung, dass die Bemühungen zur Wiederherstellung einer soliden Haushaltslage fortgesetzt werden. Zugleich sind **Strukturreformen** genauso unabdingbar wie Konsolidierungsanstrengungen und die Maßnahmen zur Sanierung des Finanzsystems. Auch in diesem Bereich sind einige Fortschritte erzielt worden. So hat beispielsweise bei den Lohnstückkosten und der Leistungsbilanzentwicklung in den meisten der von der Krise stark betroffenen Länder bereits ein Korrekturprozess eingesetzt. Allerdings müssen weitere Reformmaßnahmen

rasch und entschieden umgesetzt werden. Reformen an den Gütermärkten zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und die Schaffung effizienter und flexibler Arbeitsmärkte sind Voraussetzungen für den Abbau bestehender Ungleichgewichte und die Erzielung eines robusten, nachhaltigen Wachstums. Es kommt nun entscheidend darauf an, dass die Mitgliedstaaten ihre länderspezifischen Empfehlungen mit Entschlossenheit umsetzen.

Wir sind nun gerne bereit, Ihre Fragen zu beantworten.

**Europäische Zentralbank**

Direktion Kommunikation

Abteilung Presse und Information

Kaiserstraße 29, D-60311 Frankfurt am Main

Tel.: +49 (69) 1344-7455 • Fax: +49 (69) 1344-7404

Internet: [www.ecb.europa.eu](http://www.ecb.europa.eu)

**Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.**